



# FRÜHJAHRSSYNODE 2025

## 27.-29. MÄRZ

Gesprächskreisleiter  
Prof. Dr. Martin Plümicke  
Martin.Pluemicke@synode.elkw.de

Redaktion: Elisabeth Holm  
geschaeftsstelle@offene-kirche.de

# **OFFENE KIRCHE**

Evangelische Vereinigung in Württemberg

[www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de)



[fb/offene-kirche.de](https://www.facebook.com/offene-kirche.de)



[offene.kirche.wue](https://www.instagram.com/offene.kirche.wue)

## Theologische Positionen

# TRAUUNG GLEICHGESCHLECHTLICH LIEBENDER EHEPAARE

Ein zentraler Punkt der Frühjahrstagung war die Frage der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare in der Landeskirche. Ein neuer Gesetzentwurf zur Änderung des Rechts der kirchlichen Trauung sieht vor, dass in allen Gemeinden Trauungen für gleichgeschlechtliche Paare sowie Paare mit nicht-binärer Geschlechtsidentität ermöglicht werden. Diese Änderung ist das Ergebnis eines langjährigen Prozesses, der zuletzt durch den Antrag der Offenen Kirche im Juli 2023 fortgeführt wurde. 2024 wurde in diesem Rahmen eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die jedoch keine Einigung erzielte. Daraufhin legte der Oberkirchenrat einen Entwurf vor, der bei der jetzigen Tagung zur Diskussion stand. Dr. Michael Frisch (OKR) erläuterte den Entwurf:

Ein wichtiger Aspekt sei die einheitliche Bezeichnung des Gottesdienstes als „Trauung“. Zukünftig werde außerdem nach dem Entwurf die Trauung von gleichgeschlechtlichen Paaren in allen Kirchengemeinden zugelassen, wodurch die bisherige Begrenzung, nach der nur ein Viertel der Gemeinden gleichgeschlechtliche Trauungen anbieten durften, aufgehoben würde. Auch die Vorgabe, nach der eine Gemeinde sich mit hohen Hürden zur „Regenbogengemeinde“ erklären musste, um eine gleichgeschlechtliche Trauung durchzuführen, entfalle. Wenn eine Gemeinde jedoch keine gleichgeschlechtliche Trauung anbieten möchte, könne dies nach der neuen Regelung mit vereinfachtem Vorgehen in der lokalen Gottesdienstordnung festgelegt werden, wodurch die Gewissensfreiheit der Pfarrer gewahrt bleibe.

Dr. Jörg Schneider (OKR) stellte zu dem Entwurf eine Liturgie für die Trauung gleichgeschlechtlicher Paare vor. Diese solle ab dem 1. Januar 2027 in Kraft treten und berücksichtige die besonderen Bedürfnisse gleichgeschlechtlicher Paare. Die Liturgie

solle auch für Paare mit nicht-binärer Geschlechtsidentität anwendbar sein. **Ines Göbbel** (Ludwigsburg) begrüßte den Entwurf und betonte, dass die Synode einen Schritt näher an der Gleichstellung und der Vereinfachung der Trauung für alle Paare gekommen sei. Sie würdigte die Arbeit von Gruppen wie „Bunt fürs Leben“ und dem „Bündnis Kirche und Queer“, die sich aktiv für die Sichtbarkeit queerer Anliegen einsetzten und das Gespräch suchten.

**Dr. Hans Ulrich Probst** (Tübingen) betonte, dass Entwicklungen nur durch fortwährendes Gespräch möglich seien: „Wir sind eine Synode, im gemeinsamen Gespräch auf dem gemeinsamen Weg, [...] das heißt ganz konkret: Änderungen sind möglich, lasst uns die Positionen verhandeln gemeinsam. Wer im Gespräch bleibt, bewegt sich auch.“

**Prof. Dr. Martin Plümicke** (Reutlingen) erklärte, dass die Offene Kirche bereit sei, weiter im Dialog zu bleiben und sich sehr wünsche, eine 2/3-Mehrheit zu erreichen. Der Gesetzentwurf wurde nach mehrheitlichem Beschluss an den theologischen- und Rechtsausschuss verwiesen, die sich weiter mit dem Entwurf auseinandersetzen sollen. Eine endgültige Verabschiedung des Gesetzes wird in der Sommer- oder Herbstsynode erwartet, wenn die Ausschüsse ausführlich darüber beraten haben.

Alle Zusammenfassungen der Beiträge finden sich [hier](#).



## Schwerpunkthalbttag Kirchenmusik

### KIRCHE.VOLL.MUSIK

Der synodale Schwerpunkthalbttag „Kirche.Voll.Musik“ stand ganz im Zeichen der Vielfalt der Kirchenmusik und bot den Synodalen die Gelegenheit, in einem „Markt der Möglichkeiten“ verschiedene musikalische Ausdrucksformen zu erleben und aktiv mitzugestalten. In unterschiedlichen Workshops wurden innovative Konzepte zur musikalischen Gestaltung von Gottesdiensten präsentiert, von kreativer Chor- und Bandarbeit bis hin zu neuen Wegen, Musik als Kommunikationsmittel in der Kirche zu nutzen. Den Schwerpunkthalbttag organisierten die Synodalen **Christiane Mörk** (Brackenheim) und **Bärbel Unrath** (Kirchheim u. T.) der Offenen Kirche maßgeblich mit. Im Mittelpunkt des Halbtages stand die Frage, wie Kirchenmusik dazu beitragen kann, Menschen in der Kirche zu erreichen und eine tiefere Verbindung zum Glauben zu schaffen. Landesmusikdirektor Matthias Hanke betonte die Bedeutung der menschlichen Stimme, die von den deutschen Landesmusikräten als „Instrument des Jahres 2025“ ausgerufen wurde. Die Stimme sei das „Instrument“, das uns Gott in die Wiege gelegt hat, und als Ausdruck des göttlichen Odems für das Lob der Schöpfung stehe. Hanke hob hervor, dass die württembergische Landeskirche und die Landessynode maßgeblich zur Transformation der Kirchenmusik in den letzten 30 Jahren beigetragen haben, durch Projekte wie die Kooperation von Hochschulen und die Einführung neuer Studiengänge. Prof. Dr. Dr. Günter Thomas, Lehrstuhlinhaber für Systematische Theologie, Ethik und Fundamentaltheologie, stellte die theologische Dimension der Musik heraus.

Unter dem Titel „Sich im Raum der Musik verlieren dürfen. Das Unglaubliche der Kirchenmusik“ erklärte er, dass Musik eine besondere Weise sei, über Gott nachzudenken und zu sprechen. Musik sei für ihn nicht nur Ausdruck, sondern eine eigene Art der Gotteskommunikation.

OKR Dr. Jörg Schneider kritisierte Thomas und wandte sich gegen die starke Betonung der intellektuellen Dimension der Musik. Seiner Ansicht nach liege der wahre Wert der Kirchenmusik nicht im Verstehen der Texte, sondern im emotionalen Erlebnis des gemeinsamen Musizierens. Musik berühre die Seele bevor sie verstanden würde, und genau diese emotionale Tiefe sei das, was Menschen zu Gott hinführe.

„Kirche.Voll.Musik“ zeigte eindrucksvoll, wie vielfältig und tiefgreifend Musik in der Kirche wirken kann – als Brücke zwischen Tradition und Innovation, zwischen Glaubensgemeinschaften und Generationen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser inspirierende Austausch in den kommenden Jahren weiter Früchte trägt und die Kirchenmusik lebendig bleibt.

Alle Zusammenfassungen der Beiträge finden sich [hier](#).



*Aktuelle Stunde***KRIEG UND FRIEDEN IM HORIZONT  
INTERNATIONALER SOZIALER  
GERECHTIGKEIT**

Die Offene Kirche brachte das Thema der Aktuellen Stunde in die Synode ein, um auf die wachsenden globalen Herausforderungen im Bereich der Rüstungsausgaben und der Entwicklungshilfe aufmerksam zu machen. Während weltweit immense Summen in Waffen investiert werden, sinken gleichzeitig die Mittel für humanitäre Hilfe. Dieses Ungleichgewicht gefährdet nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern auch den weltweiten Frieden.

**Christiane Mörk** (Brackenheim) zitierte Dagmar Pruin, Präsidentin von „Brot für die Welt“, die hervorhob, dass die Zivilgesellschaft ein wichtiger Gegenpol zu autokratischen Tendenzen sei und eine Schlüsselrolle für Gerechtigkeit und Friedensspiele. Sie kritisierte die Kürzungen im humanitären Bereich als besonders problematisch, da sie die Krisenprävention und Gewaltvermeidung erheblich erschwerten.

**Yasna Cruesemann** (Göppingen) wies auf die dramatischen Folgen des Rückzugs der USA aus der Entwicklungshilfe hin, durch den 46 % der globalen Mittel verloren gingen. Sie warnte vor den weitreichenden Konsequenzen: fehlende medizinische Versorgung, Hunger, verstärkte Fluchtbewegungen und ein höheres Risiko für Pandemien. Sie forderte eine Kirche, die sich nicht zurückzieht, sondern als solidarische Kraft für Gerechtigkeit und Hilfe aktiv wird.

**Dr. Antje Fetzer-Kapolnek** (Waiblingen) stellte die kritische Frage, wie Friedensfähigkeit in der Gesellschaft erhalten werden könne, wenn Krieg zunehmend als normal betrachtet werde.

Sie erinnerte daran, dass Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt aktiv gefördert und geschützt werden müssten und betonte die Notwendigkeit, Räume für Begegnung zu schaffen und sich nicht aus Angst abzuwenden. **Eckart Schultz-Berg** (Stuttgart) lenkte den Blick auf die Abhängigkeit von Rohstoffen. Unser Konsumverhalten beeinflusse globale Spannungen und könne sogar Kriege mit verursachen. „Unser Lebensstil hat Konsequenzen“, so Schultz-Berg. Eine nachhaltige Politik müsse daher nicht nur ökologische, sondern auch friedenspolitische Ziele verfolgen.

**Holger Stähle** (Schwäbisch Hall) sprach die wachsende Angst und Verunsicherung vieler Menschen an. Nachrichten über Krieg und Krisen seien kaum mehr zu ertragen, doch gerade hier müsse die Kirche als Stimme der Hoffnung präsent sein. Er kritisierte eine Politik, die Sicherheit nur für sich selbst priorisiert und die Schwächsten vergisst. Kirche müsse sich gegen diese Logik wehren, die Sicherheit anderer nur für die eigenen Interessen vorzusehen.

Alle Zusammenfassungen der Beiträge finden sich [hier](#).



## Kürzungen

# HAUSHALTSKONSOLIDIERUNGS- UND VERSORGUNGSDECKUNGSSTRATEGIE

Die Landessynode hat sich intensiv mit der Haushaltskonsolidierung und den damit verbundenen Einsparungen befasst. Direktor Stefan Werner (OKR) präsentierte eine Priorisierungsliste des Oberkirchenrats, die 94 % des in der Herbstsynode beschlossenen Sparziels durch eine Mischung aus Streichungen, Reduktionen und Effizienzsteigerungen erreichen soll. Dabei wurde darauf geachtet, willkürliche Einschnitte durch Kürzungen nach dem Rasenmäher-Prinzip zu vermeiden.

Ein kontroverser Punkt waren die Kürzungen bei der Akademie Bad Boll und dem Evangelischen Jugendwerk (EJW). **Eckart Schultz-Berg** (Stuttgart) eröffnete die Debatte mit seinem Gesprächskreisvotum und betonte die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche. Er setzte sich besonders für die Akademie Bad Boll ein, die Themen wie Glaube, Ethik, Wissenschaft und Demokratie behandelt und wurde dabei von **Ruth Bauer** (Schorndorf) unterstützt, die einen Antrag einbrachte, die Kürzungen für die Akademie von 50 % auf 31 % zu reduzieren. **Yasna Cruesemann** (Göppingen) unterstrich ebenfalls die Bedeutung der Akademie, in der sie einen hohen Wert für die Demokratieförderung sehe. Gemeinsam mit **Micha Schradi** (Ulm) und **Holger Stähle** (Schwäbisch Hall) betonte sie die Jugendarbeit und dass die Akademie insbesondere für junge Menschen von großer Bedeutung sei, da über die Hälfte der Teilnehmenden unter 30 Jahre alt seien.

Die Zukunft der Kirchenmusikhochschule und der psychologischen Beratungsstelle durch die Kürzungen wurde ebenfalls kritisch bewertet. **Christiane Mörk** (Brackenheim) warnte vor einer Bedrohung der Kirchenmusikhochschule und brachte daher einen Antrag ein, die Kürzungen bei der Hochschule für

Kirchenmusik aufzuschieben, bis über eine solidarische Finanzierung bei der EKD entschieden sei. **Dr. Antje Fetzer-Kapolnek** (Waiblingen) setzte sich in ihrem Antrag für den Erhalt der Landesstelle der psychologischen Beratungsstellen ein, da der Wegfall angesichts steigender psychischer Belastungen problematisch sei. **Angelika Klingel** (Ditzingen) wies auf die Bedeutung des Diakonats hin und brachte den Antrag ein, die Kürzungen im Diakonatsrat auf 20 % zu reduzieren, da dieses geistliche Heimat, seelsorgerliche Begleitung und Stärkung für den Dienst am Nächsten hervorbringe. **Prof. Dr. Thomas Hörnig** (Ludwigsburg) und **Peter Reif** (Stuttgart) kritisierten die mangelnde Transparenz bei den Kürzungsentscheidungen und forderten eine tiefere inhaltliche Auseinandersetzung.

**Eckart Schultz-Berg** (Stuttgart) beantragte, die Kürzungen bei der Unterstützung von Pfarrfamilien von 31 % auf 15 % zu reduzieren, da deren Belastung oft unterschätzt werde.

**Prof. Dr. Martin Plümickes** (Reutlingen) Antrag hob die Wichtigkeit des Friedenspfarramts hervor, das angesichts internationaler Krisen und Kriege von großer Bedeutung sei und beantragte dessen Erhalt über eine Ansiedlung in Bad Boll.

Alle Zusammenfassungen der Beiträge finden sich [hier](#).



## Erprobung

# EHRENAMT AUCH IN DER LEITUNG GESTÄRKT

Die fortschreitende Verringerung der Pfarrstellen durch den Ruhestand der Babyboomer sowie neue Pfarrpläne führen dazu, dass insbesondere in kleinen Gemeinden immer weniger Pfarrer\*innen vor Ort sind. Ein Antrag der OFFENEN KIRCHE zielte darauf ab, auch in solchen Ortschaften weiterhin funktionsfähige Kirchengemeinderatsgremien zu ermöglichen. **Prof. Dr. Martin Plümicke**, (Reutlingen) stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses, stellte die Ergebnisse der Beratungen im Plenum vor. Der Ausschuss empfahl, die Kirchengemeindeordnung dahingehend zu ändern, dass künftig sowohl der erste als auch der zweite Vorsitz eines Kirchengemeinderats von gewählten Mitgliedern übernommen werden kann. Die geistliche Leitung der Gemeinde verbleibt jedoch bei einer Pfarrperson, die in enger Kooperation mit dem Kirchengemeinderat arbeitet.

**Holger Stähle** (Schwäbisch Hall) betonte, dass eine solche Regelung Pfarrpersonen deutlich entlasten würde. Er widersprach dem Argument, Ehrenamtliche seien unzuverlässig, und verwies auf seine Erfahrung, dass sie oftmals genauso oder sogar zuverlässiger als Hauptamtliche seien. **Eckart Schulz-Berg** (Stuttgart) warnte davor, dass die theologische Expertise durch eine rein ehrenamtliche Leitung geschwächt werden könnte. Er hob die Bedeutung eines gleichwertigen Miteinanders von theologischer und nicht-theologischer Leitung hervor und sehe darin eine gegenseitige Bereicherung.

Auch **Heidi Hafner** (Herrenberg) teilte diese Bedenken. Sie berichtete von Konflikten in ehrenamtlich geführten Leitungsstrukturen und wies auf die Herausforderung der Qualitätssicherung hin. **Dr. Antje Fetzer-**

**Kapolnek** (Waiblingen) argumentierte, dass Fusionsgemeinden oft zu groß würden und daher kleinere Einheiten gestärkt werden sollten. **Jörg Beurer** (Heilbronn) lenkte den Blick auf eine übergeordnete Fragestellung: Wie soll die Kirche in Zukunft aussehen, wenn Gemeinden schrumpfen und Mitgliederzahlen rückläufig sind? Er unterstrich daher die Notwendigkeit, neue Modelle zu erproben.

**Gerhard Keitel** (Mühlacker) brachte die „Ältestenkreise“ aus der badischen Landeskirche als Beispiel dafür ein, wie kleine "Herzensorte" gefestigt werden könnten.

**Prof. Dr. Thomas Hörnig** (Ludwigsburg) sprach sich gegen eine Hierarchisierung von Pfarrer\*innen über Ehrenamtliche aus und kritisierte die übermäßige Betonung pfarramtlicher Kompetenz. Er plädierte dafür, Erprobungsräume zu schaffen, um alternative Leitungsmodelle zu testen.

**Prof. Dr. Martin Plümicke** (Reutlingen) stellte klar, dass es nicht um eine grundlegende Neuordnung, sondern um eine zusätzliche Option für kleine Gemeinden gehe. Mit großer Mehrheit forderte die Synode den Oberkirchenrat auf, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der neue Möglichkeiten für das Ehrenamt in der Kirche erprobt.

Alle Zusammenfassungen der Beiträge finden sich [hier](#).

